




Siegmund Ehrmann


Mitglied des Deutschen Bundestages
Sprecher der Arbeitsgruppe Kultur und Medien
der SPD-Bundestagsfraktion


Siegmund Ehrmann, MdB · Platz der Republik 1 · 11011 Berlin

**Platz der Republik 1
11011 Berlin**

**Jakob-Kaiser-Haus
Raum 1.448**


 (030) 227 – 77 654


 (030) 227 – 76 654

 siegmund.ehrmann@bundestag.de

Wahlkreis

Hopfenstraße 4
47441 Moers


 (02841) 99 805 99


 (02841) 99 805 88

 siegmund.ehrmann@wk.bundestag.de

Wahlkreis

Südwall 38
47798 Krefeld

 (02151) 31 96 50

 (02151) 82 07 611

 siegmund.ehrmann@wk2.bundestag.de

Politischer Bericht 15/2009

Berlin, 27. November 2009

I. Zur Lage

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Genossinnen und Genossen,

die schwarz-gelbe Koalition ist nicht in der Lage, in zentralen politischen Fragen Handlungsfähigkeit herzustellen. Ein Streitfall reiht sich an den nächsten. Was als Fehlstart in den Koalitionsverhandlungen begann, droht in ein Regierungschao zu münden.

Dabei rächt sich, dass Merkel und Westerwelle die Befriedigung von Klientelinteressen vor eine verantwortungsbewusste Finanzpolitik in der Wirtschaftskrise gestellt haben. Die **Einführung eines Mehrwertsteuerprivilegs für Hotelübernachtungen** zum Beispiel wird weder Preisnachlässe bringen noch Wachstum schaffen, dafür aber neue Bürokratie verursachen und Bund, Länder und Kommunen fast eine Milliarde Euro an Steuerausfällen im Jahr kosten. Dieser gefährliche Unsinn dämmert mittlerweile auch den Landesregierungen. Schleswig-Holstein, Sachsen und Sachsen-Anhalt drohen mit Blockade im Bundesrat und auch Niedersachsen macht dem Unmut Luft. Schwarz-Gelb im Bund aber verweigert sich der Einsicht und sucht den Ausweg in einem Basarhandel an Kompensationsgeschäften, um Zustimmung zu erkaufen. So zieht der Fehlstart immer neue Fehler nach sich.



Siegmund Ehrmann

Mitglied des Deutschen Bundestages
Sprecher der Arbeitsgruppe Kultur und Medien
der SPD-Bundestagsfraktion

Fortgesetzter Koalitionsstreit auch im **Fall Steinbach**. Auch hier zeigt sich Schwarz-Gelb als handlungsunfähig. Ein Staatssekretärsposten für Erika Steinbach oder zusätzliche Gelder für den Bund der Vertriebenen sollten den Fall klammheimlich bereinigen - ohne Erfolg. Allein der Versuch, einen koalitionsinternen Konflikt mit lukrativen Posten oder Millionenförderung für den Verband zu bereinigen, ist skandalös. Das werden wir im Bundestag thematisieren.

Streit ohne Klärung begleitet die CSU-Forderung nach einem „**Betreuungsgeld**“. Dabei verdeckt die Auseinandersetzung um Direktzahlung oder Gutscheine den Grundsatzkonflikt: Eine Prämie, die nachweislich dazu führt, dass Eltern ihre Kinder nicht in die Kita schicken oder sogar wieder zurück nach Hause holen, verschärft die Chancenungleichheit bei der frühkindlichen Bildung und verhindert die Integration. Was wir vor allem brauchen, sind mehr Investitionen in Betreuungsplätze und in eine bessere Betreuungsqualität.

Folgeschwere Uneinigkeit und Unentschlossenheit sehen wir zudem im **Ringem um die Zukunft von Opel**. Während es jetzt darauf ankommt, ein Sanierungskonzept zu entwickeln, das alle deutschen Opel-Standorte erhält und Beschäftigung sichert, verweigert Bundeswirtschaftsminister Brüderle die Unterstützung der Bundesregierung. Dabei glaubt er, Steuergelder zu sparen. Das Gegenteil aber ist der Fall. Denn nach den Insolvenzen von Karstadt und Quelle würde eine Pleite von Opel dem Staat zusätzliche Milliarden an Steuerausfällen und Kosten der Arbeitslosigkeit aufbürden. Aber auch die Wirtschaft würde belastet. Denn auch die Lasten, die die 73.000 Mitgliedsunternehmen des Pensions-Sicherungsvereins, darunter viele Mittelständler, tragen müssten, würden auf einen Rekordwert klettern. Die Bundesregierung muss eine Strategie für Opel vorlegen. Nur so macht das Treffen Sinn, zu dem Brüderle die Wirtschaftsminister der deutschen Opel-Länder für den 30. November eingeladen hat.

In dieser Woche beginnt die Beratung zur **Verlängerung der Mandate für die Auslandseinsätze** der Bundeswehr in Afghanistan, vor der Küste des Libanon und am Horn von Afrika. Die Bundesregierung schlägt eine Verlängerung des bisherigen ISAF-Mandats unter Beibehaltung der bisherigen Truppenobergrenzen vor. Diesem Vorschlag sollten wir als SPD-Bundestagsfraktion folgen, um deutlich zu machen, dass wir zu unserer Verantwortung gegenüber unseren Verbündeten und dem afghanischen Volk stehen. Ein kopfloser Rückzug zum jetzigen Zeitpunkt hätte gefährliche Folgen: Es geht dabei um unsere



Siegmund Ehrmann

Mitglied des Deutschen Bundestages
Sprecher der Arbeitsgruppe Kultur und Medien
der SPD-Bundestagsfraktion

Sicherheit, und es geht um die Menschen in Afghanistan, die nach 30 Jahren Krieg und Zerstörung ein Recht auf Frieden und ein geordnetes Leben haben.

Dabei ist jedem von uns klar: Wir müssen uns möglichst schnell mit unseren Verbündeten und der afghanischen Regierung auf einen verbindlichen Zeitplan für eine Beendigung der internationalen Präsenz in Afghanistan einigen. Wir haben dazu im Sommer einen Zehn-Punkte-Plan vorgelegt, der die Grundlage für unsere weitere Arbeit in der Fraktion bildet. Nach den guten Erfahrungen in der vergangenen Legislaturperiode werden wir auch in dieser Wahlperiode eine eigene Task-Force Afghanistan/Pakistan einrichten, um unser Ziel einer Stabilisierung in der Region zu begleiten.

Beim Mandat für die Mission „**Operation Enduring Freedom**“ haben wir schon im Herbst 2008 vereinbart, dass in Afghanistan im Rahmen von OEF keine Bodentruppen mehr eingesetzt werden. Geblieben ist ein Restmandat für das Seegebiet vor dem Horn von Afrika, in dessen Rahmen ein Schiff neben der Antipiraterie-Mission ATALANTA im Einsatz ist. Dieses Nebeneinander zweier Mandate ist mit dem Prinzip der Mandatsklarheit nicht länger zu vereinbaren. Ich schlage deshalb vor, dass die SPD-Bundestagsfraktion der von der Bundesregierung vorgeschlagenen Verlängerung des OEF-Mandats nicht zustimmt.

Als drittes Mandat steht das UNIFIL-Mandat vor der Küste des Libanon zur Verlängerung an. Diesen Einsatz hat die FDP bislang abgelehnt. In ihrem Koalitionsvertrag hat sich Schwarz-Gelb auf einen faulen Kompromiss geeinigt: Verlängerung des Mandats bis zum 30.6.2010, obwohl die UN erst zwei Monate später über die weitere Verlängerung des Einsatzes entscheidet. Das ist ein Ausstieg durch die Hintertür, und das bei einer Mission, die uns viel Vertrauen und Anerkennung im Libanon und in Israel eingetragen hat. Auch hier wird außenpolitische Glaubwürdigkeit aufs Spiel gesetzt, um die Koalition zusammenzuhalten - ein Verhalten, das wir in der Debatte der nächsten Wochen mit deutlichen Worten kritisieren sollten.

Die SPD setzt ihren Kurs der außenpolitischen Verlässlichkeit und der internationalen Verantwortung fort. Wir handeln mit Augenmaß. Wir beschränken uns nicht auf militärische Konzepte, sondern geben dem zivilen Aufbau die Priorität. Unser Ziel bleibt die Stabilisierung von Krisenregionen, denn das schafft den politischen Spielraum für die Sicherung des



Siegmund Ehrmann

Mitglied des Deutschen Bundestages
Sprecher der Arbeitsgruppe Kultur und Medien
der SPD-Bundestagsfraktion

Friedens, für neue Entwicklungschancen und für die Achtung der fundamentalen Rechte eines jeden Menschen. Vergessen wir nicht, dass in Afghanistan, aber auch in anderen Krisengebieten die ersten Leidtragenden von Krieg und Gewalt oft die Kinder sind. Zum **20. Jahrestag der UN-Kinderrechtskonvention** müssen wir allerdings auch hier in Deutschland daran erinnern, dass die 1992 von einer schwarz-gelben Bundesregierung abgegebene Vorbehaltserklärung noch immer in Kraft ist. Das ist nicht zuletzt die Folge der Verweigerungshaltung der unionsgeführten Bundesländer. Es ist jetzt höchste Zeit, diese Erklärung zurückzunehmen. Die Rechte von Kindern, die wir in aller Welt einfordern und verteidigen, dürfen in Deutschland nicht unter Vorbehalt stehen.

Mit freundlichen Grüßen



Siegmund Ehrmann

Mitglied des Deutschen Bundestages
Sprecher der Arbeitsgruppe Kultur und Medien
der SPD-Bundestagsfraktion

II. Zur Woche

Zur Verlängerung der Mandate für die Auslandseinsätze

ISAF: Wir sind der Auffassung, dass Deutschland sein Engagement in Afghanistan im Rahmen der internationalen Schutztruppe ISAF fortsetzen sollte. Wenn die internationale Gemeinschaft sich jetzt aus Afghanistan zurückziehen würde, fiel das Land wieder in die Hände der Taliban. Es geht um die Stabilität in der Region und um die Menschen in Afghanistan, die nach 30 Jahren Krieg und Zerstörung ein Recht auf Frieden und ein geordnetes Leben haben.

UNIFIL: Unser Engagement im Rahmen der Mission UNIFIL vor der Küste des Libanon ist nach wie vor sinnvoll und verdient unsere weitere Unterstützung. Unser Beitrag zu UNIFIL hat eine nicht zu unterschätzende politische Bedeutung für die Region. Die Bundeswehr trägt dazu bei, Waffenschmuggel über See zu verhindern. Und sie unterstützt die libanesische Regierung durch Ausbildung und Ausrüstung dabei, diese Aufgabe in Zukunft selbst übernehmen zu können.

OEF: Bei der letzten Mandatsverlängerung im Herbst 2008 haben wir innerhalb der Bundesregierung erfolgreich darauf gedrungen, den Einsatz von Bodentruppen in Afghanistan im Rahmen von OEF nicht weiter zu mandatieren. Seitdem ist die Bundeswehr bei OEF nur noch mit einer Fregatte oder einem Aufklärungsflugzeug an der Seeraumüberwachung am Horn von Afrika beteiligt. Im vergangenen Jahr waren die dort eingesetzten Einheiten über Monate gar nicht für OEF tätig, sondern der Antipirateriemission ATALANTA unterstellt. Dieses Nebeneinander zweier Missionen ist nicht sinnvoll. Die Bundeswehr sollte ihr Engagement im Rahmen von OEF deshalb nun ganz beenden und stattdessen ihren Beitrag zu ATALANTA stärken.

Gesetz zur Änderung des Altersteilzeitgesetzes

Wir wollen die geförderte Altersteilzeit um fünf Jahre bis 2014 verlängern und damit eine Beschäftigungsbrücke über die Krise schlagen.

Ein drastischer Anstieg der Arbeitslosigkeit konnte in Deutschland bislang trotz Wirtschaftskrise abgewendet werden. Nicht zuletzt ist das der Kurzarbeit zu verdanken.



Sigmund Ehrmann

Mitglied des Deutschen Bundestages
Sprecher der Arbeitsgruppe Kultur und Medien
der SPD-Bundestagsfraktion

Dennoch sind zwei Personengruppen besonders durch Arbeitslosigkeit gefährdet: ältere Menschen über 50 und jüngere Menschen unter 25 Jahren. In beiden Gruppen stieg die Arbeitslosigkeit in diesem Jahr weit über dem Durchschnitt.

Die demografische Entwicklung und der drohende Fachkräftemangel machen es erforderlich, das Beschäftigungspotential voll auszuschöpfen. Deshalb müssen jetzt Anstrengungen unternommen werden, möglichst viele Beschäftigte in den Unternehmen zu halten. Wir müssen jungen Menschen den Berufseinstieg erleichtern und eine Perspektive bieten. Unternehmen müssen gerade in Zeiten der Wirtschaftskrise Anreize haben, zukunftsgerecht auszubilden und junge Menschen einzustellen.

Schwarz-Gelb hat im Koalitionsvertrag angekündigt, die Förderung der Altersteilzeit nicht zu verlängern. Während Union und FDP die öffentliche Haushalte mit Milliardensummen für gut verdienende Klientelgruppen belasten, haben sie keine Antwort auf die Probleme von Älteren und Jüngeren auf dem Arbeitsmarkt. Fachwissen und Erfahrung gehen verloren und junge Menschen beginnen ihr Berufsleben mit Arbeitslosigkeit. Deshalb ist es notwendig, die Förderung der Altersteilzeit durch die Bundesagentur für Arbeit zu verlängern. So kann eine durch Altersteilzeit frei werdende Stelle mit einem jungen Menschen besetzt werden. Für Unternehmen werden Anreize gegeben, ihren älteren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern nicht zu kündigen und den Jüngeren den Einstieg ins Berufsleben zu ermöglichen.

Gesetzentwurf zur Änderung des Aufenthaltsgesetzes:

Würdige Grundversorgung auch für Ausländer ohne Aufenthaltsstatus

Wir setzen uns mit unserem Gesetzentwurf zur Änderung des Aufenthaltsgesetzes dafür ein, dass Ausländer, die weder Aufenthaltstitel noch Duldung besitzen, in Deutschland eine grundlegende Versorgung erhalten. Dazu zählt vor allem die medizinische Behandlung, aber auch der Schulbesuch der Kinder.

In Deutschland sind heute alle öffentlichen Stellen dazu verpflichtet, der Ausländerbehörde Ausländer ohne Aufenthaltstitel oder Duldung zu melden. Die Betroffenen meiden daher aus Angst vor Entdeckung den Kontakt zu öffentlichen Stellen. Besonders praxisrelevant ist der Zugang zu gesundheitlicher Versorgung, zu Bildung und zu arbeitsgerichtlichem Schutz.



Siegmund Ehrmann

Mitglied des Deutschen Bundestages
Sprecher der Arbeitsgruppe Kultur und Medien
der SPD-Bundestagsfraktion

Union und FDP wollen die aufenthaltsrechtlichen Übermittlungspflichten nur dahingehend ändern, dass der Schulbesuch von Kindern ermöglicht wird. Notwendig sind aber auch Lösungen für Gesundheits- und Arbeitsschutz. Der Gesetzentwurf der SPD bestimmt daher: Künftig soll nur noch für Polizei- und Ordnungsbehörden sowie Strafverfolgungsbehörden eine Übermittlungspflicht an die Ausländerbehörden bestehen. Damit ermöglichen wir auch Ausländern ohne Aufenthaltsstatus eine medizinische Grundversorgung, den Schulbesuch ihrer Kinder sowie arbeitsgerichtlichen Rechtsschutz. Außerdem sollen Menschen nicht mehr strafrechtlich wegen Beihilfe zum illegalen Aufenthalt belangt werden können, wenn sie Menschen ohne Aufenthaltsstatus in Notsituationen Hilfe leisten.

Kinderrechte stärken -Vorbehalt zur UN-Kinderrechtskonvention zurücknehmen

Zum 20. Jahrestag der UN-Kinderrechtskonvention fordern wir die Rücknahme der deutschen Vorbehaltserklärung. Es wird Zeit, dass Kinderrechte in Deutschland vorbehaltlos umgesetzt werden.

Die Kinderrechtskonvention enthält wesentliche Rechte zum Schutz, zur Förderung und zur Beteiligung von Kindern und Jugendlichen. In Deutschland gilt die UN-Kinderrechtskonvention aber nach wie vor nur eingeschränkt: Schwarz-Gelb hat 1992 eine Vorbehaltserklärung abgegeben. Seit Jahren fordern wir die Rücknahme der Vorbehaltserklärung. Mehrfach hat der Deutsche Bundestag entsprechend entschieden, scheiterte aber an der Ablehnung der Länder. In der vergangenen Legislaturperiode hat die Union die Rücknahme in Bund und Ländern abgewehrt.

Durch das Festhalten an der Erklärung leidet die kinderpolitische Glaubwürdigkeit Deutschlands. Problematisch ist in der Praxis besonders die Behandlung von minderjährigen Flüchtlingen zwischen 16 und 18 Jahren, die Kinder im Sinne der Konvention sind, aber im deutschen Asylverfahren wie Erwachsene behandelt werden. Für sie gilt die Kinderrechtskonvention oft nicht: Sie werden nicht kindgerecht untergebracht, bekommen keine kindgerechten Verfahren und erhalten oftmals keine Leistungen nach dem Kinder- und Jugendhilferecht. Wir fordern, dass unbegleitete minderjährige Flüchtlinge, die nach Deutschland kommen, als Kinder im Sinne der UN-Kinderrechtskonvention behandelt werden und denselben Schutz wie deutsche Kinder genießen.



Siegmund Ehrmann
Mitglied des Deutschen Bundestages
Sprecher der Arbeitsgruppe Kultur und Medien
der SPD-Bundestagsfraktion

III. Aktuelles Thema

Schwarz-Gelbe Handlungsunfähigkeit im Fall Steinbach gefährdet die Interessen unseres Landes

Ursachen des Konflikts um die Personalie Erika Steinbach

Im Jahr 2000 kündigte die Präsidentin des „Bundes der Vertriebenen“ (BdV), Erika Steinbach, an, ein „Zentrum gegen Vertreibung“ errichten zu wollen. Die ursprüngliche Stoßrichtung des Projekts musste als Versuch gewertet werden, die Geschichte umzudeuten. Weitgehend ausgeblendet wurde, dass das Schicksal der Vertriebenen die unmittelbare Folge des von Deutschland begonnenen Angriffs- und Vernichtungskrieges war. Von Anfang an war zu befürchten, dass ein solches Zentrum nicht der Verständigung und Versöhnung in Europa dienen, sondern neues Misstrauen sähen würde.

Position der rot-grünen Bundesregierung sowie von CDU, CSU und FDP

Dieser Stoßrichtung eines „Zentrums gegen Vertreibungen“ widersetzte sich die rotgrüne Bundesregierung: Das Gedenken an die Geschichte von Krieg, Völkermord und Vertreibung im 20. Jahrhundert kann und darf nicht als rein national ausgerichtetes Projekt betrieben werden. Entscheidend ist der Dialog mit den Nachbarn. Dass in diesem Rahmen auch das Schicksal der Vertriebenen seinen Platz hat, ist selbstverständlich. Erinnert werden muss, dass zunächst andere Nationen unter den Vertreibungen durch das NS-Regime zu leiden hatten, aber auch, wie es zu den Vertreibungen der Deutschen kam. Die Erinnerung an die deutschen Vertriebenen muss eingebettet sein in die breitere Geschichte von Vertreibungen im Europa des 20. Jahrhunderts.

Eine Reihe von europapolitisch engagierten Abgeordneten, Politikern, Intellektuellen und Institutionen, organisiert auf Anregung von Markus Meckel und mit Unterstützung der Friedrich-Ebert-Stiftung, machten den Vorschlag, in Zusammenarbeit mit den polnischen Nachbarn in Breslau ein Europäisches Zentrum gegen Vertreibungen zu errichten. Der Vorschlag wurde von Adam Michnik und Adam Krzeminski aufgenommen und in Deutschland wie Polen intensiv diskutiert.



Siegmond Ehrmann

Mitglied des Deutschen Bundestages
Sprecher der Arbeitsgruppe Kultur und Medien
der SPD-Bundestagsfraktion

Kurz vor der Bundestagswahl 2002 lehnte der Deutsche Bundestag den Antrag der CDU/CSU-Fraktion für das Steinbach-Projekt ab und verabschiedete einen Antrag der rot-grünen Koalition „Für ein europäisch ausgerichtetes Zentrum gegen Vertreibungen“. Darin wurde einerseits zum Dialog mit den Nachbarn aufgerufen und andererseits die Errichtung eines Dokumentations- und Begegnungszentrums zum Thema Vertreibung als europäische Aufgabe bezeichnet.

Vor diesem Hintergrund haben Bundespräsident Rau und der polnische Staatspräsident Kwasniewski das europäische Netzwerk Erinnerung und Solidarität initiiert. Aufgrund der vorgezogenen Bundestagswahlen 2005 kam es nicht mehr zu einer förmlichen Etablierung dieses europäischen Netzwerks. CDU und CSU traten in ihrem Wahlprogramm dafür ein, das von Frau Steinbach angestrebte „Zentrum gegen Vertreibung“ zu errichten. Durch die SPD (und die anderen Parteien) wurde dieses Projekt weiterhin abgelehnt. Stattdessen wurde das Ziel bekräftigt, den Dialog mit den Nachbarn weiterzuführen. Das Europäische Netzwerk stand für die SPD weiterhin im Mittelpunkt.

In den Koalitionsverhandlungen 2005 war klar, dass die SPD das Steinbach-Projekt nicht mittragen würde. Deshalb wurde im Koalitionsvertrag von CDU, CSU und SPD vom 11. November 2005 folgender Kompromiss formuliert:

„Die Koalition bekennt sich zur gesellschaftlichen wie historischen Aufarbeitung von Zwangsmigration, Flucht und Vertreibung. Wir wollen im Geiste der Versöhnung auch in Berlin ein sichtbares Zeichen setzen, um - in Verbindung mit dem Europäischen Netzwerk Erinnerung und Solidarität über die bisher beteiligten Länder Polen, Ungarn und Slowakei hinaus - an das Unrecht von Vertreibungen zu erinnern und Vertreibung für immer zu ächten.“

In der Folge wurde um eine Konzeption für die Umsetzung des „Sichtbaren Zeichens“ gerungen. Im Ergebnis erfolgte die Umsetzung formal im Kontext des Gesetzes zur Errichtung der Bundesstiftung Deutsches Historisches Museum. Unter ihrem Dach wurde die unselbstständige Stiftung „Flucht, Vertreibung, Versöhnung“ gegründet. Hier war es der SPD besonders wichtig, dass das Bundeskabinett als letzte Instanz die Mitglieder des Stiftungsrates bestellt. Benennungen erfolgen durch die entsendenden Institutionen, beispielsweise den BdV, die Berufung aber durch das Kabinett. Die SPD lehnte die Berufung von Erika Steinbach ab. Daraufhin verzichtete der BdV zunächst auf die Besetzung des ihm



Sigmund Ehrmann

Mitglied des Deutschen Bundestages
Sprecher der Arbeitsgruppe Kultur und Medien
der SPD-Bundestagsfraktion

zustehende Sitzes. Erika Steinbach hoffte offensichtlich darauf, unter einer schwarz-gelbe Regierung nach der Bundestagswahl 2009 ihren Anspruch doch noch durchsetzen zu können.

Doch weder der schwarz-gelbe Koalitionsvertrag, noch die Regierungserklärung von Angela Merkel führten eine Klärung im Fall Steinbach herbei. Bei seinem ersten Auslandsbesuch in Polen hat Guido Westerwelle allerdings klar gemacht, dass Deutschland „alles unterlassen“ werde, was einer Versöhnung entgegen stehe. Die Berufung von Erika Steinbach in den Stiftungsrat lehnen Westerwelle und die FDP jetzt ab. Westerwelle vollzieht damit eine 180-Grad-Wendung, denn als Oppositionspolitiker forderte er die rot-grüne Bundesregierung 2003 noch auf, sich in Polen für Erika Steinbach stark zu machen. Nach der Kabinettklausur in Meseberg am 17. und 18. November flüchteten Merkel und Westerwelle in offenkundige Heuchelei: In der Pressekonferenz gaben sie vor, es habe für das Kabinett gar nichts zu entscheiden gegeben, da der BdV seine Vertreterin noch nicht förmlich nominiert habe. Dabei war allen Beobachtern klar, dass Erika Steinbach auf ihrem Anspruch beharren würde.

Politische Irritationen um Erika Steinbach

Erika Steinbach strebt weiterhin ihre Nominierung für den Beirat des Dokumentationszentrums gegen Vertreibungen an. Von polnischer Seite wird aber von Deutschland erwartet, dass Frau Steinbach nicht in den Stiftungsrat des Projekts berufen wird. Irritationen löst aus, dass Erika Steinbach, die 1943 als Tochter eines deutschen Unteroffiziers im besetzten Polen geboren wurde, 1991 im Bundestag gegen die Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze stimmte. Zudem lehnte sie den Beitritt Polens in die EU mit der Begründung ab, dass sie Polen so lange das Beitrittsrecht verweigern werde, bis Polen sich für das „Verbrechen der Vertreibungen“ entschuldige, den Vertriebenen ein Rückkehrrecht garantiere und eine Wiedergutmachung für das im Osten verlorene Eigentum leiste.



Siegmond Ehrmann

Mitglied des Deutschen Bundestages
Sprecher der Arbeitsgruppe Kultur und Medien
der SPD-Bundestagsfraktion

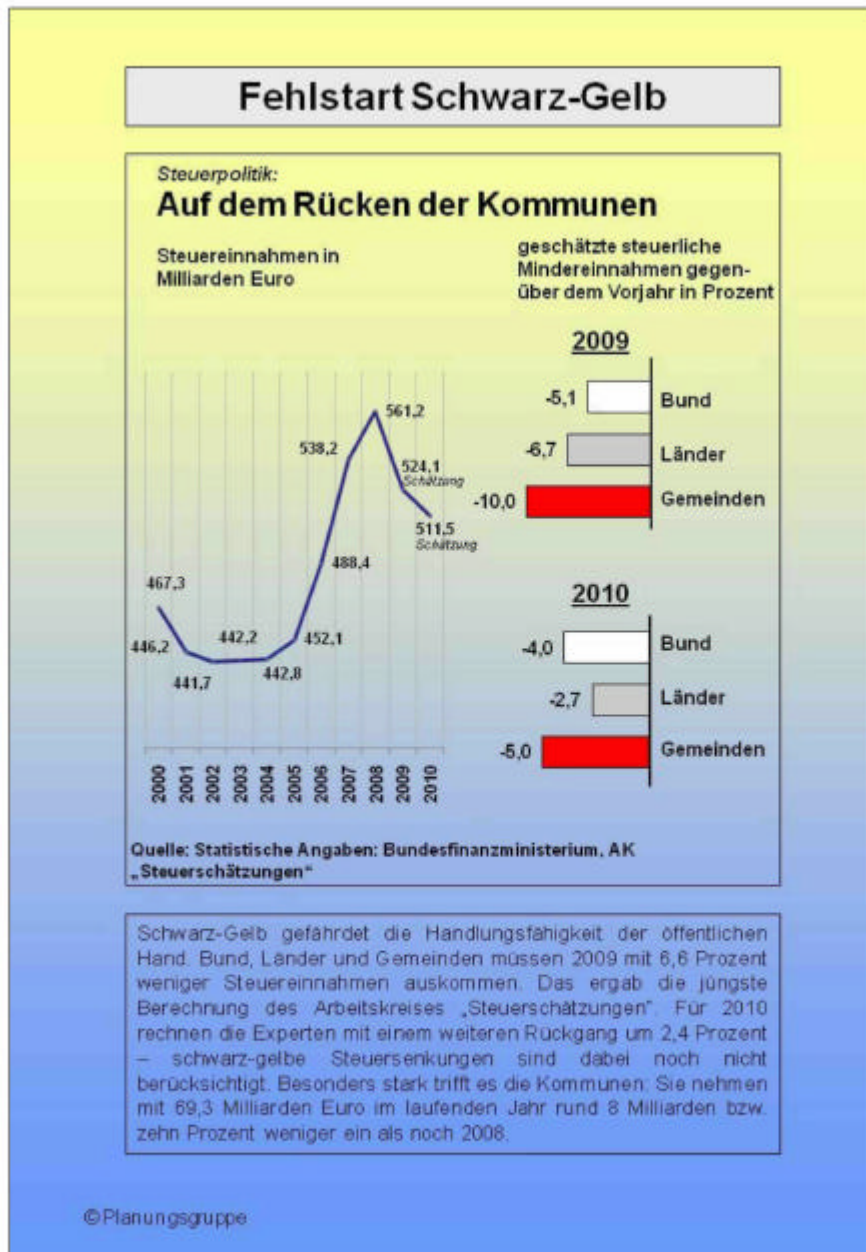
Schwarz-Gelbe Entscheidungsunfähigkeit gefährdet das Vertrauen in den deutsch-polnischen Beziehungen

Der BdV hat Erika Steinbach trotz eines Beschlusses im Februar 2009 noch immer nicht offiziell als dritte Vertreterin benannt. Angela Merkel benutzt dies weiterhin als Ausflucht, nicht zu entscheiden. Sie hätte die Möglichkeit, die umstrittene Präsidentin des BdV zu einem Verzicht zu bewegen. Dies wäre im besten Interesse der deutsch-polnischen Beziehungen und würde dem Auftrag der Stiftung gerecht, auf die Versöhnung hinzuwirken.

Versöhnen statt provozieren - das ist die Forderung der SPD. Die Unfähigkeit von Schwarz-Gelb, im Fall Steinbach zu einer klaren Entscheidung zu kommen, belastet die deutschen Interessen an gutnachbarschaftlichen Beziehungen.



IV. Fehlstart Schwarz-Gelb





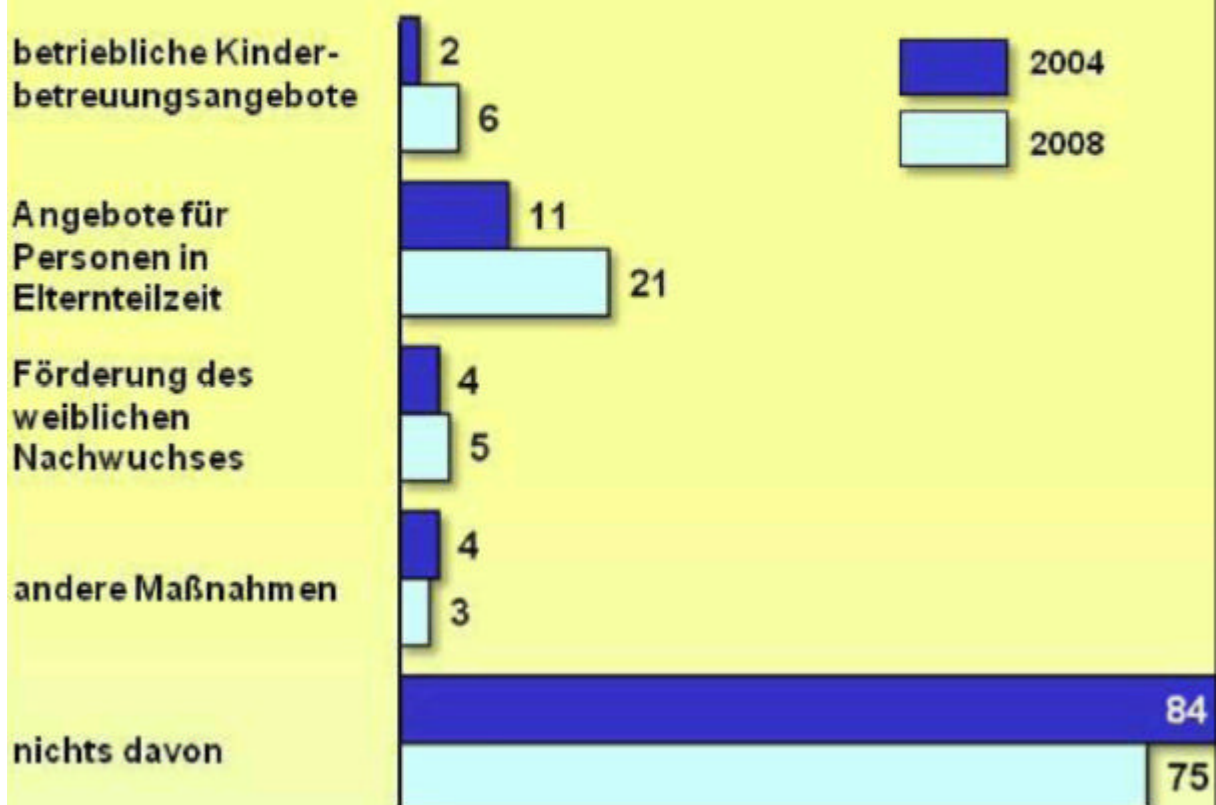
Siegmund Ehrmann

Mitglied des Deutschen Bundestages
Sprecher der Arbeitsgruppe Kultur und Medien
der SPD-Bundestagsfraktion

Fehlstart Schwarz-Gelb

Was Union und FDP ignorieren: keine Verbesserung der Chancengleichheit von Frauen in der Privatwirtschaft*

Anteile der Betriebe in Prozent



*Betriebe mit mehr als 10 Beschäftigten, Mehrfachantworten möglich, hochgerechnete Werte.

© IAB Quelle: IAB-Betriebspanel 2004 und 2008



Siegmond Ehrmann

Mitglied des Deutschen Bundestages
Sprecher der Arbeitsgruppe Kultur und Medien
der SPD-Bundestagsfraktion

Zwischen 2004 und 2008 gab es keine nennenswerte Verbesserung der Chancengleichheit von Frauen in der Wirtschaft. Das dokumentieren Zahlen des IAB-Betriebspanels. Die schwarz-gelbe Koalition aber stellt sich blind. Union und FDP halten an Selbstverpflichtungen fest. Andere Länder machen vor, dass es besser geht. Die SPD fordert ein gleichstellungspolitisches Aktionsprogramm, um Entgeltgleichheit durchzusetzen und den Anteil von Frauen in Führungspositionen zu erhöhen.